

Angela Merkel fordert Rückzug von Libyens Staatschef Muammar el Gaddafi

von Silke Schneider-Flaig



Foto: S. Schneider-Flaig

Lange galt Libyen als Vorbild in Sachen Gleichberechtigung in der arabischen Welt. Kein Schleierzwang, keine Kopftuchpflicht und 80 Prozent der Studierenden an Hochschulen sind weiblich. Doch die Zeiten ändern sich. Das Volk will seinen Revolutionsführer nicht mehr. In Tripolis und Umgebung verteidigt Gaddafi sein Reich mit allen Mitteln und lässt Demonstranten erschießen. Während er Al Kaida und Osama bin Laden als Urheber allen Übels sieht, fordert Angela Merkel seinen Rücktritt und Grünen-EU-Abgeordnete Franziska Brantner verlangt eine EU-Regelung für die Flüchtlinge, denn mehr als 200.000 Menschen könnten versuchen, aus Libyen in Richtung Europa zu fliehen.

Abgesehen davon, dass weltweit Staaten ihre Bürger aus Libyen ausfliegen, die Bundeswehr Transportflugzeuge auf Kreta stationiert, ausländische Konten eingefroren werden und Waffenembargos verhängt werden, scheint sich für das zu erwartende Flüchtlingsproblem kaum jemand zuständig zu fühlen. [Franziska Brantner](#) sorgt sich im Interview mit dem [Deutschlandfunk](#) um die Flüchtlinge:

"Ich glaube, wenn sich jetzt bewahrheitet, was manche befürchten - wir alle wünschen natürlich, dass es nicht kommt - , dann kann die Aufgabe eben nicht alleine den südlichen EU-Ländern überlassen werden. Dann braucht auch Deutschland eine neue Antwort und kann nicht einfach nur sagen, Italien, mach mal."

Man müsse überlegen, welches Land wie viele Flüchtlinge aufnehmen könne. Dann käme eine entsprechende Verteilung auf alle 27 Mitgliedsländer in Betracht.

Die Bundeskanzlerin begrüßt die aktuellen Sanktionen des [Weltsicherheitsrates](#), wonach Reisebeschränkungen für führende Mitglieder der libyschen Regierungen eingeführt und Auslandsvermögen der Gaddafi-Familie eingefroren wird. Merkel forderte:

"Es ist höchste Zeit für ihn zu gehen."

Gaddafi, der auf Demonstranten schießen lässt, macht im [Telefongespräch mit dem Libyschem Fernsehen](#) Al Kaida und dessen Führer [Osama bin Laden](#) für den Aufstand verantwortlich. Diese möchte [Medienberichten](#) zu Folge die Aufständischen zwar unterstützen. Die Gefahr einer islamischen Radikalisierung in Libyen schätzen Experten laut [Medienberichten](#) als gering ein. Libyer mögen den politischen Islam nicht. Und ihren Staatschef nach über 21 Jahren auch nicht mehr. Kapitel 1 seines grünen Buches, das, zumindest bis Anfang 2011 landesweite Pflichtlektüre an Schulen war, befasst sich mit der Macht des Volkes.

"Das hauptsächlich politische Problem, dem sich die menschliche Gemeinschaften gegenübersehen, ist das Regierungsinstrument."

Es wird sich zeigen, was es mit der politischen Grundlage seiner Dritten Universaltheorie im Zeitalter der Jamahiriya (Zeitalter der Massen) auf sich hat.

Dies erfordert jedoch eine Vor-Ort-Berichterstattung. Einreisevisa waren für Journalisten ohne (staatliche) Einladung stets ein Problem. Momentan können Medienschaffende über Benghazi einreisen, aber die Lage im Land ist gefährlich. Bleibt (insbesondere im Hinblick auf die [aktuellen Tarifverhandlungen](#) Tageszeitungen und Zeitschriften) zu hoffen, dass deutschen (Zeitungs-)Verlagen der Wert des Journalismus bewusster wird.